Presseinformation

Nr. 292 / 2014

Kiel, Donnerstag, 26. Juni 2014

Gesundheit / Geburtshilfe

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anita Klahn: Ministerin Alheit muss jetzt handeln!

Zur geplanten Schließung der Geburtshilfe in Oldenburg erklärt die familienpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die Aussagen von Prof. Dr. Kreienberg in den ‚Lübecker Nachrichten‘ sind eindeutig. Wenn der Vorsitzende der Leitlinienkommission der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften ausführt, dass der nördliche Oldenburger und Fehmarnener Raum durch eine Schließung der Geburtshilfe in Oldenburg gynäkologisch unterversorgt ist, dann kann man nicht mehr so weitermachen wie bisher. Ministerin Alheit muss jetzt handeln! Die Ministerin muss aufhören zu sagen, was alles nicht geht, sondern stattdessen endlich aktiv werden. Das Wohl der Schwangeren muss im Vordergrund stehen. Es liegt zudem kein vernünftiges Geburts- und Rettungskonzept vor. Auch aus diesem Grund ist eine Schließung der Geburtshilfe völlig unverantwortlich.

Auch ist völlig unklar, auf welcher Datenlage das Ministerium überhaupt sein Urteil zur Geburtssituation in Oldenburg trifft. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage zur Situation der Perinatalzentren (Drs. 18/1928) erklärt das Ministerium selbst, dass überhaupt keine Daten zur Auslastung von Kreißsälen und Perinatalzentren vorliegen. Fakten vor Ort zu schaffen, ohne überhaupt irgendwelches Wissen über die Lage zu besitzen, ist leichtsinnig, wenn nicht sogar fahrlässig.

Von Expertenseite wird eine ungefähre Fahrtzeit von 30 Minuten zur nächsten geburtshilflichen Einrichtung als fachlich vertretbar eingestuft. Diese Vorgabe kann für die Region bei der Schließung der Station in Oldenburg offenkundig nicht erfüllt werden. Die Schließung darf daher nicht erfolgen. Die FDP fordert von der Landesregierung, eine Perspektive für die Geburtshilfe in Oldenburg zu entwickeln.“